

# freiheit-liberté

Juli 2016 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch



## Editorial

Das Engagement für Freiheit, Eigenverantwortung und mehr Zurückhaltung in der Gesetzgebung lohnt sich. Dies hat sich in der vergangenen Sommersession einmal mehr gezeigt. Wir erinnern uns alle ans überladene Alkoholgesetz, in welchem die linken Parteien unter anderem staatlich verordnete Mindestpreise für alkoholische Getränke, ein Verbot von «Happy Hours» und weitere Einschränkungen bezüglich Verkauf und Abgabe von Alkohola forderten.

Nachdem dieses Gesetzesprojekt in den Räten Schiffbruch erlitt, konnten wir nun in der Sommersession ein schlankeres, besseres Alkoholgesetz beraten. Zum Glück hat sich auch die IG Freiheit in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder kritisch geäussert – mit positivem Resultat!

Auch in anderen Bereichen sind freiheitliche Ideen gefragt denn je. Die Forderung nach der Einführung einer Katzensteuer, die überbordenden Vorschriften für Kindertagesstätten, aber auch die übertriebene Sorge des Bundesamts für Gesundheit um das Wohlergehen von uns Bürgern zeigen eines gemeinsam: Seitens der Verwaltung wäre mehr Zurückhaltung dringend angezeigt. Dass die Bundesverwaltung Schulungsvideos zum Grillieren produziert, zeigt, wie hier immer mehr übertrieben wird. Aber auch wir Politiker müssen uns an der Nase nehmen. Weniger ist oft mehr – vor allem, was Vorstösse im Parlament anbelangt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen ruhigen und erholsamen Sommer!

Mit freundlichen Grüssen,

Alois Gmür, Nationalrat  
Vorstandsmitglied IG Freiheit

## Bundesverwaltung produziert Lernvideos für Hobby-Grillere

### Richtig grillieren – amtlich begleitet

Die Sorge der Bundesverwaltung um das Wohlergehen der Bürger scheint keine Grenzen zu kennen. Rechtzeitig auf die Grillsaison veröffentlicht das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) detaillierte Anleitungen, wie man richtig grilliert. Die Kampagne «Richtig zubereiten – sicher geniessen» umfasst nicht nur diverse Factsheets und Prospekte, sondern auch Youtube-Lernvideos. Selbst eine Anleitung zum Abwaschen darf nicht fehlen.

Im Mai 2016 gewann das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) den Rostigen Paragraphen: Direktor Hans Wyss wurde für das 2'000 Seiten umfassende Bürokratie-Monster «Largo» ausgezeichnet. Nun steht das BLV bereits wieder im Zentrum der Diskussionen. Denn der Bund sorgt sich um das gesundheitliche Wohlergehen der Schweizer Bevölkerung. Auslöser dafür sind Zweifel darüber, ob die breite Bevölkerung des Grillierens wirklich mächtig ist und ob damit nicht erhebliche Risiken verbunden sind.

### BLV klärt auf – zum Glück?

In einer kürzlich veröffentlichten Medienmitteilung des Bundes zu diesem Thema wird auf die gesundheitlichen Risiken hingewiesen, wenn man die Hygieneregeln beim Grillieren missachtet. «Richtig grillieren verhindert Durchfallerkrankung», heisst es im Titel. Um diese Gefahr zu bannen, hat das BLV eine Informationskampagne lanciert. Gerade während der Fussball-Europameisterschaft gilt es schliesslich zu vermeiden, dass in der kurzen Spielpause fahrlässig grilliert wird und man so Magenprobleme und Durchfall riskiert. Der Bund weist darauf hin, unbedingt die «wichtigsten Grundregeln» zu beachten. Doch statt auf die Selbstverantwortung, Erziehung und den gesunden Menschenverstand zu bauen, liefert die Bundesverwaltung detaillierte Grillanweisungen.

### Grillieren als Staatsaufgabe

Auf der Internetseite des Bundes kann man sich fortan ausführlich über dieses Thema informieren. Die Informationskampagne «Richtig zubereiten – sicher geniessen» umfasst etliche Anleitungen und rund ein halbes Dutzend Videos – namentlich Anleitungen zum richtigen Erhitzen, Trennen,



Factsheet «Sicher geniessen» vom BLV

Waschen und Kühlen von Fleisch und Grillgut. Es grenzt an ein Wunder, dass nicht auch noch die Schnittrichtung der Cervelat-Zubereitung und die Wahl der richtigen Messer dafür thematisiert werden.

Der Bund als Produzent von Schulungsvideos für Hobbygrillere – schön, dass wir in der Schweiz keine anderen Probleme haben. Bis Ende Juni verdankten wir das Ausbleiben einer Epidemie an Durchfallerkrankungen allerdings dem schlechten Wetter – und nicht dem BLV.

Rostiger Paragraph 2016 geht an das Projekt «Largo»

## 2000-seitige Verordnung als Gewinner

Am 19. Mai wurde zum zehnten Mal der «Rostige Paragraph» verliehen. Die diesjährige Auszeichnung für das dümmste und unnötigste Gesetz ging an Hans Wyss, den Direktor des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. Das fast 2'000 Seiten umfassende Bürokratie-Monster «Largo» – Verordnungen zum Lebensmittelrecht – war klarer Gewinner im Internet-Voting.



Alois Gmür, Petra Gössi, Gregor Rutz, Natalie Rickli, Thomas Müller (v.l.n.r.)

Dieses Jahr konnte die IG Freiheit ein kleines Jubiläum feiern: Bereits zum zehnten Mal wurde der Gewinner des «Rostigen Paragraphen» gekürt. An der gut besuchten Veranstaltung im Zürcher Club «Aura» war der Sieger bald klar: Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) hat ein neues Bürokratie-Ünding kreiert, dessen über 25 neue Verordnungen rund 2'000 Seiten umfassen. Das sogenannte Projekt «Largo» soll den Lebensmittelbereich regeln und umfassende Deklarationen gewährleisten. So sollen etwa Restaurants deklarieren, welche Zutaten und Nährwerte ihre Menüs enthalten. Den betroffenen Branchen, aber auch vielen Bürgern gehen solche Vorschriften zu weit. Derart um-

fassende Beschriftungen, Warnungen und Vorgaben schaffen Verwirrung und wirken kontraproduktiv. Um das neue Verordnungsrecht bewältigen zu können, wird der Bund neue Stellen schaffen müssen. Es ist mit Folgekosten in Millionenhöhe zu rechnen. Aus diesem Grund war die Entscheidung des Internet-Votings eindeutig: Das BLV wurde für das Projekt «Largo» mit dem «Rostigen Paragraphen» ausgezeichnet.

### Knapp daneben

Auch in diesem Jahr haben sich neben dem BLV etliche weitere geeignete Kandidaten für den «Rostigen Paragraphen» gefunden. Den zweiten Rang erreichte das verwirrende Swissness-Gesetz, welches noch heute viel

Gesprächsstoff bietet. Die Bronzemedaille ging an den Basler Architekten Martin Steinmann, welcher mit der Stadtbildkommission dem Warenhaus Manor die Farbe der Weihnachtsbeleuchtung vorschreiben wollte. Hinter ihm platziert sich der Gemeindeprä-



Thomas Müller, Thomas Borer, Markus Somme



Band «WintersHome» aus Zermatt



Reto Brennwald im Gespräch mit Konzertveranstalter André Béchir



Christian Schindler



Christoph Bürgin, Reto Brennwald, Silvia Steiner, Thomas Müller

sident von Zermatt, Christoph Bürgin, der ein Ausgangsverbot für Jugendliche sowie ein Prostitutionsverbot in seiner Gemeinde forderte. Auf dem fünften Rang schliesslich landete Nationalrat Daniel Brélaz, welcher als Stadtpräsident von Lausanne die sog. «Silent Discos» aufgrund zu grossen Lärms nur zurückhaltend und bis 2 Uhr morgens bewilligen will.

### Erfreuliche Beteiligung

An der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung durfte die IG Freiheit eine Rekordbeteiligung verzeichnen: Rund 350 Gäste verfolgten die Preisverleihung im Club Aura, welche mit der Zermatter Band «WintersHome» zum ersten Mal musikalisch umrahmt wurde. Die Gäste durften sich auch über einen gelungenen Auftritt von Comedian Claudio Zuccolini und die Moderation von Zoe Torinesi und Reto Brennwald freuen. Bereits sind schon wieder die ersten Nominationen für den Rostigen Paragraphen 2017 eingetroffen. Der Vorstand der IG Freiheit freut sich schon jetzt auf die 11. Verleihung im nächsten Jahr!



Reto Brennwald, Zoe Torinesi

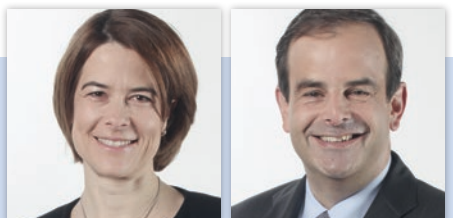


Claudio Zuccolini

## Herzliche Gratulation

Nachdem Nationalrat Toni Brunner, langjähriges Vorstandsmitglied der IG Freiheit, die Schweizerische Volkspartei von 2008-2016 präsidierte, wurden nun mit Nationalrätin Petra Gössi (FDP/SZ) und Nationalrat Gerhard Pfister (CVP/ZG) gleich zwei Vorstandsmitglieder der IG Freiheit mit nationalen Parteipräsidien betraut. Petra Gössi präsidiert die Freisinnige Partei, während Gerhard Pfister der CVP vorsteht. Bekanntlich gehört mit Nationalrat Jean-François Rime (SVP/FR) auch der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands dem Vorstand der IG Freiheit an.

Die IG Freiheit freut sich über den politischen Erfolg ihrer Vorstandsmitglieder und wünscht insbesondere den frischgebackenen Parteipräsidenten viel Erfolg, Durchhaltewillen und Kraft, sich für freiheitliche Ideale einzusetzen!



## Paragrafen-Warnung

### Katzensteuer gefordert

Die Katzendichte in der Schweiz ist mit 1,5 Mio. Katzen viel zu gross – so mindestens sieht es der Naturschützer Johannes Jenny, Präsident von Pro Natura Aargau. Dies soll der Staat mit Lenkungsabgaben beeinflussen: Jenny fordert die Einführung einer Büsi-Steuer. So will er die Population in den Griff kriegen, denn zu viele Katzen bringen seiner Ansicht nach die Wildtierpopulation – etwa Jungvögel oder Zauneidechsen – in Gefahr. Dies wiederum sehen Katzenforscher anders. Für Gesprächsstoff ist gesorgt...

### Kinder dürfen nicht mehr rennen

Die Bündner Gemeinde Jenaz hat im Frühling 2016 mit neuen Verhaltensregeln im Schulhaus auf sich aufmerksam gemacht. Auf einem Beiblatt, welches dem Thema «Schulklima» gewidmet ist, hält der zuständige Schulverband fest, dass neben Raufereien auch Herumrennen verboten sei. Nach etlichen negativen Rückmeldungen hatte der Schulleiter dann doch noch Einsicht: Rennen sei nur im Schulhaus verboten, während man sich auf dem Pausenplatz frei bewegen dürfe.

### Minderalter für Fischer

Fischende Kinder bewegen den Schweizer Tierschutz. Wer schon als Minderjähriger Fische töte, stumpfe ab und werde mitunter aggressiv, hiess es in den Medien. Der Schweizerische Fischerei-Verband sah sich zur Reaktion gezwungen. Der Verband wehrte sich zwar gegen die Einführung eines Mindestalters, forderte aber, dass Minderjährige stets von einem Erwachsenen mit Sachkundenachweis begleitet werden. Dass dieser Sachkundenachweis landesweit für obligatorisch erklärt werden soll, provoziert aber auch wieder Kopfschütteln. Wie die NZZ richtig festhält: Dass Fischstäbchen nicht auf Bäumen wachsen, sollte eigentlich klar sein.



## Rechtsprofessor engagiert sich gegen Gesetzesflut

Dass die Juristen im Parlament gut vertreten sind, ist bekannt. Dass unter ihnen auch kritische Köpfe sind, welche gegen die zunehmende Paragraphenflut antreten, ist erfreulich. In der Sommersession hat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht und SVP-Nationalrat aus Zürich, einige spannende Vorstösse eingereicht.



Hans-Ueli Vogt, Nationalrat SVP

**Herr Vogt, unter dem Titel «Überregulierung stoppen» haben Sie diverse Vorstösse eingereicht. Was war Ihre Motivation, dies zu tun?**

Wir müssen der Tendenz, alles und jedes im Detail zu regeln, einen Riegel schieben. Die Überregulierung verursacht immense Kosten, und sie führt dazu, dass Menschen und Unternehmen nicht mehr eigenverantwortlich handeln und Risiken selber einschätzen, sondern sich einfach nur noch an Gesetzesparagraphen ausrichten. Darum muss man dem Bundesrat und der Verwaltung vorschreiben, dass sie Gesetzesvorschriften aufheben müssen, wenn sie neue schaffen wollen. Und die blinde Übernahme von internationalem Recht muss gestoppt werden: Internationales Recht darf nur übernommen werden, wenn dies unseren eigenen Interessen dient, zum Beispiel weil es unserer Exportwirtschaft hilft.

**Aber ist es nicht so, dass gerade Juristen und Parlamentarier oft zur Überregulierung neigen? Macht man nicht oft lieber ein Gesetz zu viel, als eines zu wenig?**

Das Parlament hat eine natürliche Neigung zur Überregulierung. Dieser Neigung muss man etwas entgegensetzen. Das Parlament soll nur noch mit qualifizierter Mehrheit neue Vorschriften beschliessen können, falls es nicht andere abschafft. Und der Bundesrat und die Verwaltung müssen dem Parlament liberale Vorlagen unterbreiten, zum Beispiel mit Vorschlägen, wie ein Problem durch Selbstregulierung gelöst werden kann, und mit Vorschlägen, wie internationales Recht ohne Swiss Finish umgesetzt werden kann.

## Rotlichtbezirk wird grün markiert

Die Basler Behörden wollen die Strassenprostitution metergenau regulieren. Da in Kleinbasel immer wieder neue Prostituierte im Einsatz sind, werden die Grenzen der Toleranzzonen neu mit grünen Strassenmarkierungen un-



missverständlich festgehalten. Das Symbol einer Frau, welche sich an eine Strassenlaterne anlehnt, soll auch für fremdländische Sexarbeiterinnen verständlich sein. Als Toleranzzone definierten die Basler Behörden die Weber- und Ochsen-gasse sowie das Teichgässlein. Innerhalb dieser Zone dürfen Prostituierte legal ihrem Geschäft nachgehen.



## Veranstaltungen

### Herbsttagung 16. September 2016

Landgasthof Sonne  
Wintersberg, 9462 Ebnat-Kappel  
ab 17.30 Uhr

### Rostiger Paragraph 11. Mai 2017

Aura Zürich  
Bleicherweg 5, 8001 Zürich  
ab 19.00 Uhr

## Impressum



Geschäftsstelle IG Freiheit  
Postfach 470  
CH-8702 Zollikon  
T +41 43 499 40 33  
F +41 44 391 32 30  
info@freiheit-liberte.ch  
www.freiheit-liberte.ch  
Postkonto: 85-518003-6  
Auflage: 3'000 Expl.

### JA, ich unterstütze die IG Freiheit!

Gerne möchte ich als Sympathisant die IG Freiheit unterstützen. Bitte senden Sie mir Unterlagen:

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

#### Bitte einsenden an:

Geschäftsstelle IG Freiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon  
Fax: 044 391 32 30, E-Mail: info@freiheit-liberte.ch